

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Musikisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Zum Falle höherer Sendl. Beizugsabgabe, Streifen etc. erstlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepalte Seite oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepalte 40 Pfg., Ausnahmeweise 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Zaufeln, auswärts Postgebühr. / Schluss der Anzeigennahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 16

Dienstag, den 5. Februar 1929

31. Jahrg

Neues in Kürze.

- * Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt anlässlich der ersten Beratung des Kellogg-Paktes eine bedeutende Rede über den Vertrag.
- * Wegen der schweren Beschuldigungen, die der französische Ministerpräsident Poincaré mehreren seiner Angestellten gegen die elässigen Autonomisten gegen, die Reichsregierung erhoben hatte, machte Stresemann der Presse verschiedene Ausführungen, die die französischen Behauptungen widerlegten.
- * Im Sekretariat des Völkerbundes ist der Antrag der Reichsregierung eingegangen, die Frage der Minderheiten auf der nächsten Tagung zu erörtern.
- * Im Preussischen Landtag fanden am Sonnabend neue Besprechungen über die Regierungserweiterung statt.
- * Ministerpräsident Braun erwiderte in Ausführungen an die Presse die Angriffe des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Seld.

Das Gesetz für die Wartefandsbeamten.

Mit 250 gegen 120 Stimmen abgelehnt.

→ Berlin, 3. Februar.

Der Reichstag nahm gestern die dritte Lesung des Gesetzes über die Wartefandsbeamten vor. Es entspann sich zunächst eine längere Aussprache über die zum Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Dann wurden die Paragraphen 1 und 2 angenommen. Paragraph 3, der die Zwangspensionierung der Beschäftigten vorsieht, fand mit 258 gegen 127 Stimmen bei 26 Enthaltungen Zustimmung. Auch Paragraph 5, wonach jeder Beamte, der vorübergehende Dienstleistung im Reichs- oder Landesdienst verrichtet ist, wurde mit 258 gegen 120 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen.

Es folgte die namentliche Schlussabstimmung. Gegen das Gesetz stimmten Deutschnationalen, Kommunisten und Reichsausschüssigen. Die Reichliche Volkspartei stimmte geteilt; der größte Teil der Fraktion enthielt sich der Stimme. Für den Gesetzentwurf wurden 250, dagegen 122 Stimmen abgegeben; 40 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Präsident Seld stellte sich, daß die Erfordernisse des Paragraphen 26 der Verfassung damit nicht erfüllt sind und daß das Gesetz abgelehnt ist.

Es folgte die zweite Beratung der Handwerksnovelle zur Gewerbesteuer. Sie sieht ein modernes Maßrecht zu den Handwerkskammern und eine Handwerksnovelle vor, in die alle selbständigen Handwerksbetriebe einzutragen sind. Der Entwurf hat den Entwurf in verschiedenen Punkten abgeändert. Die Neuregelung soll am 1. April in Kraft treten.

Der Kellogg-Pakt.

Stresemann erklärt: „Einleitung einer neuen Epoche“.

→ Berlin, 3. Februar.

Bei der ersten Beratung des Vertrages über die Kriegsaussetzung (Kellogg-Pakt) im Reichstag leitete Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Beratungen ein.

Der Minister erklärte, die im Kriegsaussetzungspakt ausgesprochenen Grundätze seien durchaus die Grundätze der deutschen Außenpolitik. Von dem Augenblick an, als bekannt wurde, daß der ursprüngliche Gedanke eines französisch-amerikanischen Friedenspaktes durch den Entschluß der Vereinigten Staaten von Amerika sich umwandelte in den Gedanken eines allgemeinen Weltfriedenspaktes, ist sich die Reichsregierung der Tragweite dieses Vorganges bewußt gewesen. Das große Problem der Herstellung einer internationalen Friedensordnung wurde hier in einer ganz neuen Form angefaßt.

Von den beiden großen Ideen des amerikanischen Patenturteils, die Möglichkeit kriegerischer Konflikte auszuschalten und den friedlichen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Staaten zu gewährleisten, konnte mit vollem Recht und mit voller Aufrichtigkeit gesagt werden, daß sie die Grundätze der deutschen Außenpolitik sind.

So hat die Reichsregierung auch nicht gegögert, als ernt der befeiligten Regierungen dem amerikanischen Entwurf ohne Vorbehalt zuzustimmen. Der Minister wies die Behauptung zurück, daß die der feierlichen Unterzeichnung des Paktes vorausgehenden Verhandlungen dem Vertrag einen Zeit seiner Wirksamkeit genommen hätten. Die hohe Bedeutung des Vertrages liegt darin, daß

er dem Krieg das nimmt, was ihn so gefährlich macht: seine Notwendigkeit im Völkerverkehr.

Ueber alle Auslegungsfälle hinaus steht doch unumwider sprechlich fest, welche Bedeutung es hat, wenn die in Paris vertretenen fünfzehn Regierungen und ihnen folgend die überwiegende Zahl aller anderen Regierungen sich freiwillig verpflichtet, auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten. Wenn die Differenzfähigkeit des Vertragsabschlusses mit einer gewissen Skepsis verfocht hat, so war das nicht ein Beweis für mangelnden Friedenswillen, sondern man vermüchte die Folgen, die sich

aus dem Pakt ergeben müßten. Er bedeutet ein Verprechen auf weitere Ausgestaltung der rechtlichen Ordnung des Völkerverkehrs. In diesem Sinne war auch die erste deutsche Note gehalten.

Die neue Friedensgarantie muß nicht nur der allgemeinen Abklärung ein wirksamen Impuls geben, sondern es müssen auch diejenigen Möglichkeiten gefunden werden, die geeignet sind, Gegensätze der Völkerverkehr auf friedliche, gerechte Weise zum Austrag zu bringen. (Zurück bei den Kommunisten: Scheitern!) Das rufen die Kommunisten in dem Augenblick, wo sich Sowjetrußland erigirt um die Beschleunigung seines Beitritts zu diesem Pakt bemüht. Der Minister erklärte zum Schluß, daß der Pakt die Einleitung einer neuen Epoche sein müßte.

Die Aussprache.

Abgeordneter Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnete den Kellogg-Pakt als ein Dokument schimmiger Verlogenheit, als einen Vertrag der Völker. Abgeordneter v. Lindener-Wildau (Dnt.) befaßt sich die Stellungnahme seiner Fraktion für die zweite Lesung vor. Abgeordneter Siedler (Komm.) befaßt, daß der Kellogg-Pakt irgendeinen Wert zur Ausgestaltung des Krieges habe.

Der Kellogg-Pakt wurde dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Präsident Seld erklärte, daß weitere Redner zu diesem Gegenstand nicht gemeldet seien. Er schlug vor, die nächste Sitzung am Montag, 3 Uhr, abzuhalten und die Fortsetzung der zweiten Beratung der Handwerksnovelle auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Kein Ermächtigungsgesetz.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist entgegen anderslautenden Meldungen bislang in keiner Form und zu keinem Zeitpunkt über ein Ermächtigungsgesetz gesprochen worden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung nicht daran denke, dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen.

Krienenunterstützung für Arbeitslose.

Der Kreis der Berechtigten erweitert.

Amlich wird mitgeteilt: Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom August 1928 sind eine Reihe von Berufsgruppen allgemein zur Krienenunterstützung zugelassen worden und zwar handelt es sich um solche Berufe, die bereits im Sommer 1928 einen ungenügenden Arbeitsmarkt aufwiesen. Darüber hinaus steht der Erlass die Möglichkeit vor, die Krienenunterstützung bei besonderen örtlichen Notständen orts- und bezirksweise auf weitere Berufsgruppen auszudehnen. Auf Grund dieser Bestimmung sind eine Reihe weiterer Zulassungen zur Krienenunterstützung teils von Reichsarbeitsminister, teils von den Kreisleitern der Landesarbeitsämter ausgesprochen worden.

Neuerdings ist der Beronienkreis allgemein dadurch erweitert worden, daß der Reichsarbeitsminister die Landesarbeitsämter ermächtigt hat, vom 28. Januar 1929 an auch die Angehörigen der Industrie der Steine und Erden, soweit ihre Arbeitslosigkeit nicht beruht auf ist, sowie die Tabak- und Zigarrenarbeiter zur Krienenunterstützung zuzulassen, sofern ein Bedürfnis dazu besteht. Ein erheblicher Fundus der Arbeitslosen kann daher schon heute Krienenunterstützung erhalten. Die Frage, ob noch weitere Berufsgruppen in die Krienenunterstützung einbezogen sind, wird zur Zeit geprüft.

Antrag Stresemanns in Genf.

Erörterung des Minderheitenproblems.

→ Genf, 3. Februar.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in einem am Sonnabend hier eingetroffenen Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes amlich den Antrag gestellt, auf die Tagesordnung der am 4. März beginnenden Tagung des Völkerbundesrates als besonderen Punkt die grundsätzliche Erörterung des Minderheitenproblems zu setzen.

Die Tagesordnung des Völkerbundesrates wird zu Beginn der nächsten Sitzung festgestellt werden und somit den beauftragten Antrag auf Eröffnung der Verhandlungen über die Minderheitenfrage im Völkerbundsekretariat enthalten. Es steht somit endgültig fest, daß auf Grund des deutschen und eines noch zu erwartenden kanadischen Antrages der Völkerbundrat in die große Aussprache über das gelamte Minderheitenproblem eintreten wird. Aber bereits nach wird hiermit zunächst nur die grundsätzliche rechtliche Frage des Minderheitenschutzes und der Stellung des Völkerbundes zu den Minderheiten erörtert, ohne daß hierbei bereits die Einzelheiten zur Verhandlung gelangen werden. Der Völkerbundrat wird sodann im März auf Grund der allgemeinen Aussprache zu entscheiden haben, welche weiteren Schritte für die in Frage stehenden Minderheiten aus dem bisherigen Stand der Minderheitenfrage und der bisherigen Haltung des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten zu ergreifen sind.

Wie steht's um Elßaß?

AL Seit Tagen tobt in der Pariser Kammer ein Kampf um Elßaß-Lothringen, wie man ihn erbitterter wohl kaum je im französischen Parlament gesehen hat und der, wie sich jetzt herausstellt, auch für die Zukunft dieses unmittlerbaren Landes von höchster Bedeutung sein wird. Boni caré, dem Mitschulbigen am Versailler Vertrag, der die Einverleibung Elßaß-Lothringens ohne jegliche Abstimmung in den französischen Staat bestimmte, liegt es als gutem Franzosen selbstverständlich nur daran, jeglichen Zweifel an dem Franzojentum der Elßäßer zu beseitigen. Darum kämpft er mit aller Erbitterung, der er fähig ist, gegen die sogenannten Autonomisten, die, allen Anfechtungen zum Trotz, immer wieder für die Rechte ihres Volkes eintreten. Bei diesem Kampf sind dem französischen Ministerpräsidenten alle Mittel beigelegt, selbst dann, wenn sie gegen die seit Urzeiten bestehenden Rechte der Völker, selbst wenn sie gegen die nationalen Grundätze unserer neuen Zeit verstoßen.

It es nicht geradezu ein Sohn auf alle rechtliche Denkmalsart, wenn erst vor wenigen Tagen eine durchaus nicht autonomistenfreundliche Pariser Zeitung klipp und klar ausgab, daß im Elßaß rund 60 Prozent sämtlicher Einwohner deutschsprachig seien, und dann Poincaré von dem Rednerpult in der Kammer mit großer Begeisterung erklärt, „in Frankreich gibt es keine Minderheit, und damit ist auch Elßaß keine Minderheit“. Etwas faktatisch klar ist die Behauptung Poincarés, daß nach einer Erklärung Briands die Autonomisten bei einem entsprechenden Antrag im Völkerbundrat nicht erhalten würden, denn Frankreich habe auf Grund des Versailler Vertrages die volle Souveränität über Elßaß-Lothringen zurück-erhalten. So gab er offen zu, daß Frankreich sich von niemandem, auch nicht dem Völkerbund, das Recht zur Anechtung einer nichtfranzösischen Volksgemeinschaft nehmen läßt.

Daß es Poincaré nicht nur die Heimmaßung seiner Politik im Elßaß ankommt, das beweist seine klug aufgebaute Rede, zu der er bereits mehrere Sitzungs-geburde bedurft und die er auch jetzt noch nicht zu Ende gesprochen hat. Er verstand natürlich, das nationale Gefühl der Franzosen zu reizen, mit bereicherndem Taktik luste er die elässigen Abgeordneten lächerlich zu machen oder sie der Doppelzüngigkeit zu überführen. Ein umfangreiches Belastungsmaterial führte er auf, ohne sich um die Einwände der Betroffenen zu kümmern, daß die angeführten Beweisstücke aus dem Zulammenhang und den zeitlichen Perioden herausgerissen den wahren Sachverhalt falsch wiedergäben. Poincaré kam es nur darauf an, die nationale Begeisterung seiner Zuhörer zu entfesseln und in literarischen Szenen pathetische Worte in den Saal zu schleudern und sich so eine getreue Gefolgschaft für seine Pläne zu sichern, die er allmählich und ziemlich überausgenie entfüllte. Er verlangte von dem Parlament unter Drohung mit dem Rücktritt alle Resolutionen, um die Unterdrückung der Autonomisten mit allen Mitteln durchzuführen zu können. Wie sich der Ministerpräsident unter diesen Umständen die Erfüllung seiner Vorlesungen, Förderung des Eigenlebens der Gemeinden, Achtung für die Schul- und religiösen Eigenheiten in Elßaß denkt, ist wohl kein eigenes Geheimnis, das niemand und er selbst wohl nicht zu lösen vermag.

Denn sein Streben geht ja ausschließlich auf die Vernichtung des dem deutschen Geiste entsprungenen elässigen Bestandes hinaus. Alle Elßäßer sollen ausgerottet werden, damit es nur noch Franzosen, nur noch eine französisch denkende und sprechende Bevölkerung in jenem Land gebe, das seit Jahrhunderten die heftigsten Kämpfe für seine nationale Eigenart führt.

Poincaré selbst weiß aber ganz genau, daß die von ihm entfachte Begeisterung nicht lange andauern, daß eines Tages doch wieder die Kritik erwachen und die wahren Verhältnisse im Elßaß klarer erkennen lassen werden. Um diesem Zeitpunkt vorzubeugen, griff er zum schwersten Gefühls, das er aufzuführen wußte und das auch heute noch nicht seine Wirkung verliert. Er malte mit erschütternden Zügen das deutsche Geleit vor den Augen seiner Zuhörer aus. Nicht nur, daß er die Macht und freilich die reineren Elßaß-Lothringer nach Deutschland als im höchsten Grade verächtlich hinstellte, nein er schwang sich zu der unerhörten Behauptung auf, daß aus dem deutschen Propagandafund, der jetzt 660 Millionen Franken betrage, unzweifelhaft große Summen für die Unterdrückung der autonominischen Bewegung im Elßaß ausgegeben würden. Er verlagte sich auch die Behauptung

tung nicht daß der Colmarer Prozeß etwamandlich ergehen hätte, daß deutsche Gelder in die autonomistische Bewegung gesteckt würden. Komme der Colmarer Prozeß trotz aller bis ins kleinste gehenden Spionage auch nicht ein Körnchen für die Wahrheit solcher Behauptungen erbringen, so muß es geradezu als landesbezeigend werden, daß der erste Minister eines Landes, das immer die politische Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich in den Vordergrund stellt, ohne den geringsten Beweis in Händen zu haben, eine so schwere Behauptung gegen die deutsche Regierung erhebt. Dem muß mit aller Energie und Deutlichkeit entgegen getreten werden.

Aber wird nun, so kann man fragen, die von Poincaré geplante Methode zur Unterdrückung der Gessler zum Ziel führen? Hier sei an die Tatsache erinnert, daß trotz der großen Selbsterwartung, die Deutschland vor 1914 Gessler entgegenbrachte, die damalige Reichsregierung den prägnanten und religiösen Ueberlieferung des Landes entgegenbrachte, es dennoch nicht gelungen ist, den freischheitlich getriebenen Teil der Bevölkerung ganz nach Deutschland herüber zu ziehen. Nun hat Gessler-Verhörer weder eine Selbstverwaltung, noch vertritt er etwas von der Achtung seines Volkstums. Alle, die nicht nur Franzosen sind, werden als Landesverräter gebrandmarkt. Es ist keine friedliche Durchdringung, sondern mit Gewalt soll der fremde französische Geist in die Herzen der Deutschstämmigen gelegt werden. Die Spuren solcher Gewalttätigkeit sollten sprechen, aber wie die Pariser Kammerdebatten jetzt zeigen, hat man in Frankreich nichts daraus gelernt.

Stresemann weist die Ausfälle zurück.

„Vollständig unbegründete Behauptungen.“

— Berlin, 3. Februar.

Reichsjustizminister Dr. Stresemann warnte sich vor Betreten der Presse in nicht misszuverstehenden Worten gegen die unerbärligen Ausfälle des französischen Ministerpräsidenten Poincaré.

Nach den Mitteilungen, die auf Anfrage in Paris hier in Berlin eingetroffen seien, habe Poincaré in seiner Rede davon gesprochen, daß die Fonds, die Deutschland nach dem Hausbalz für Propaganda in die Welt zur Verfügung habe, sich auf 94 548 720 Mark über, umgerechnet auf 600 Millionen französische Franken beläufen. Die Ausfällungen des französischen Ministerpräsidenten könnten den Eindruck erwecken, daß auch nur ein Teil dieser Summe für ausländische Propaganda verwendet würde. Um Klarstellung, wie die in Hausbalz vorgesehenen Mittel verteilt seien, wolle der Minister die einzelnen Vorkommen namentlich aufzählen hervorheben, daß keine einzige Mark für Autonomisten ausgeben würde.

Es sei so allgemein bekannt, so erklärte Dr. Stresemann, worauf sich die Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten stützten. Jedenfalls könne man angesichts der oben genannten Beträge von einem von Berlin aus mit großen Geschäften geförderten Propagandismus nicht sprechen. Was die Ausgaben für die besetzten Gebiete angehe, so müsse bemerkt werden, daß die besetzten Gebiete zu Deutschland gehören.

Beaufichtigung des Wohnungswesens.

Der preussische Wohlfahrtsminister über die Aufgaben der Wohnungskommission.

Auf Grund der Berichte der Wohnungsaufsichtsbeamten hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt an die verantwortlichen Stellen einen Wunderlaß gerichtet, in dem auf die Notwendigkeit einer planmäßigen Ueberwachung sowohl der alten, wie auch der neu erbauten Wohnungen besonders wegen des Wohnungsmangels hingewiesen wird. Auf die Ausführung der planmäßigen Wohnungsaufsicht dürfe unter keinen Umständen verzichtet werden. Hierzu seien in erster Linie die Wohnungsmieter zu berufen, die durch die Forderung der Zwangswirtschaft eine Entlastung erfahren hätten und daher ihrer ursprünglichen Aufgabe der Wohnungsaufsicht besser nachgehen könnten. Wo keine Wohnungsmieter bestanden sind, sind die Wohnungsaufsichtler einzustellen, die eng mit den verschiedenen Zweigen der Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Wo für beamtete Kräfte die Mittel nicht

ausreichten, seien ehrenamtliche Helfer hinzuzuziehen.

Rechtzeitiges Eingreifen und vorbeugende Maßnahmen seien auf diesem Gebiete besonders nötig, so daß die Behörden nicht erst auf eine Anleihe warten dürften, sondern sich für die Finanzierung der Maßnahmen im Voraus untersuchen müßten, um auf Behebung von Mängeln oder Verbesserungen hinarbeiten. Eine planmäßige regelmäßig wiederkehrende Befichtigung der Wohnungen sei deshalb erforderlich. Wo Hauseigentümer nicht in der Lage sind, die Anforderungen aus eigenen Mitteln zu betreten, sollten öffentliche Mittel (aus Sparkassen oder Kassen) oder aber auch aus Hausgenossenschaft herangezogen werden.

Konflikt Bagen — Preußen. Heftige Angriffe Helde gegen Braun.

— Berlin, 2. Februar.

Zwischen Bagen und Preußen ist es zu einem heftigen Konflikt gekommen durch einen Redebeitrag des bagerischen Ministerpräsidenten Dr. Helde vor einem Kreis angesehener Journalisten hielt und in der er eine heftige scharfe Angriffe gegen die preussische Regierung und insbesondere den preussischen Ministerpräsidenten Braun richtete. Die ursprünglichen Ausführungen, die nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt waren, sind jedoch durch eine Indiskretion bekannt geworden.

Offiziell wurde über die Pressebesprechung ein Bericht ausgegeben, in dem zwar die heftigen Angriffe etwas gemildert sind, aber dennoch die wesentlichen Gesichtspunkte hervortreten. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

Die innerpolitische Lage in Deutschland habe sich infolge der Verschärfung der Streitigkeiten zwischen dem Reich und den Bundesstaaten außerordentlich zuspitzt. Dabei spiele für Bagen die Frage der Bahn- und Volkshilfe und des bagerischen Anteiles am Bresteraufkommen eine besonders wichtige Rolle. Bagen sei angefaßt seiner ungemessen heftigen Finanzlage geworden, vom Reich größere Mittel als er verlangte, nicht etwa als Geschenk, sondern auf Grund der bestehenden Verhältnisse zu verlangen. In der letzten Konferenz in der vergangenen Woche habe aber der preussische Ministerpräsident den Vorschlag, Bager und Bager den Reiches gespielt und den Standpunkt vertreten, daß die Länder weder Kapital noch Zinsen bekommen könnten. Außerdem wolle Preußen von einer Vollabfindung an Bagen überhaupt nichts wissen, ja es habe den Forderungen der anderen Länder auch noch dadurch die Ausschüttung der Bager zu machen, daß es vom Reich für durch den Friedensvertrag erlittene Verluste an Zinsen, Zinsen und eine Entschädigung von dreieinhalb Milliarden verlangen würde. Die ganze Lage sei, daß von Bager und Reichsmitgliedern, von Treu und Glauben nicht mehr die Rede sein könne und selbst gegenüber liquiden Rechtsansprüchen der Länder der rückständigen nachpolitische Standpunkt vertreten werde. Dem Reich, welches durch die Bager unter anderem auch die Ausschüttung der Bager zu verweigern und finanziell lebensunfähig zu machen. Auch hinsichtlich des Bageranteils werde preussischerseits alles getan, um den Anteil Bagens zu schmälern. Es gehe jetzt um Leben und Sterben des Staates, und deshalb dürfe Bagen auch nicht länger zurückhalten, den Staatserlös für Bagen anzuweisen, zumal die Einfuhrung heftigen Widerstand hervorzurufen sei, während es jetzt die Klage beim Staatsgerichtshof als einen unzumutigen Zustand bezuehe und der preussische Ministerpräsident das Wort anspreche, gegen das Reich gebe es keinen Erretter.

In der gehaltenen deutschen Presse haben die Ausführungen des bagerischen Ministerpräsidenten Dr. Helde die größte Aufregung erregt und je nach der politischen Einstellung heftigen Widerspruch hervorgebracht. Auch die Münchener Zeitungen haben die Zuspitzung der Lage hervor und äußern die Ansicht, daß die sehr scharfen Worte, die gefallen sind, der Sache eher nichts genützt hätten. Die Angriffe hätten sich aber nicht gegen das Reich oder Preußen gerichtet, sondern nur gegen den verhängnisvollen politischen Mißstand, der mit den Maßmitteln und mit dem Namen beider getrieben werde.

Polens Handelsvertrags-Antwort überreicht.

Warschau, 3. Februar. Der polnische Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, von demselben, hat Dr. Hertel die Antwort auf das deutsche Schreiben vom 25. Januar überreicht. Wie die Agentur Preß zu berichten weiß, beschäftigt sich diese Antwort mit Zoll- und Kontingenzfragen.

„Wann die Erde von Boden so nah? Das Wasser rann ihm in die Schiefel. Er leuchtete zu Boden. Wasser, nichts als Wasser! Er rief: „Wahr! Was ist hierher gekommen? Getrunken? — Nein! Unmöglich. Sie hatte ja Licht, mußte fühlen, daß ihre Füße nah wurden. Immer tiefer schritt er hinein. Er ging ihm bis an die Knie! — Verdammte! — Vorwärts konnte er nicht! Also zurück! — Er taumelte wie ein Betrunkener! — Hier eine Öffnung und dort! — Welche? — Sein Fuß fiel in etwas Weiches. Er leuchtete zu Boden und fürzte im gleichen Augenblick neben ihm in die Knie.“

„Ist das abgemagerte Gesichtchen, die Augen geschlossen, lag sie vor ihm.“
„Vorwärts — ich mich nicht allein!“
„Er hob sie in die Arme und bedeckte ihren stummen Mund mit Küssen. „Nicht sterben, Ruth! — Nicht sterben!“
„Nicht an ihrem Verbergen wohnlicher Angst. Sein Ohr lag an ihrem Herzen. Sie leuchtete. Es war ein Schweiß auf der das Bewußtsein gerührt hatte. Er hielt die eine Hand gegen die Wange des Ganges und fing einige Tropfen Flüssigkeit auf. Mit diesen benetzte er ihre Lippen. Dann noch einmal. Sie öffnete die Augen.“
„Vergiß mir, Heinz. Ich glaube, ich habe schon wieder gelächelt.“

„Er küßte sie auf die Augen, damit sie dieselben schließen müßte. Er zitterte noch an dem ganzen Körper vor Erregung.“
„Kannst du das Licht halten, mein Armes? — Ja! — Dann komm!“

„Er hob sie in seine Arme und bemühte sich im Aufbruch, das Gleichgewicht zu halten. Ihr Haupt lehnte willenslos an seiner Schulter. Anfangs küßte er ihre Wange dann nach einer halben Stunde schloß ihm Ruth: Körper unerschütterlich schwer. Es schien als ginge er sie zu Boden.“

„Heinz! lag sie betäubt, schloß die Augen.“
„Geh, Ruth! Es muß ja einen geben! Aber ich habe alles längst erprobt. Wir laufen immer in der Runde. Es ist der reinste Hergespalt. Dadurch, daß eine Öffnung der anderen gleich, merken wir auch nicht, daß wir stets den gleichen Weg machen!“

Aus der Heimat und dem Reich.

— Remberg, den 4. Februar 1920.

* Um im Interesse der Verkehrssicherheit Radfahrer bei Dunkelheit dem Führer eines nachfolgenden Kraftfahrzeuges rechtzeitig lennlich zu machen, wird bestimmt werden, daß vom 1. April 1920 ab, Radfahrer bei Dunkelheit mit einem Rückstrahler, der einfallende Lichtstrahlen in gelb-roten Farben deutlich zurückwirft, zu versehen sind. Der Rückstrahler ist höchstens 60 cm über dem Erdboden am hinteren Teil des Rahmens, soweit ein Schutzblech vorhanden ist, an diesem befestigt anzubringen, daß seine Wirkung weder durch Kleidungsfalten noch Teile des Rahmens oder in sonstiger Weise beeinträchtigt werden kann. Der Rückstrahler muß so beschaffen sein, daß er im Nachtgelde solcher Kraftfahrzeuge, deren Wirkung in der Anh. 4 zur Bekanntmachung über Kraftfahrzeuge vom 16. 3. 1928 (RMBL S. 121) als höchstzulässig zu betrachten ist, auf eine Entfernung von mindestens 150 m bis zu einem Winkel von 30° nach beiden Seiten bei Dunkelheit mit normalmäßigem Auge deutlich zu erkennen ist. Der Verein Deutscher Fahrradindustrie e. V., Berlin W 9, Linke 11, hat sich bereit erklärt, nur solche Rückstrahler in den Handel zu bringen, die die oben genannten allgemeinen Erfordernisse erfüllen. Alle derartigen Rückstrahler werden von ihm mit nachstehendem Prüfzeichen versehen werden:



* Nachdem sich der sozialdemokratische Provinzialausschuß für Kommunalpolitik gegen die Teilnahme des Präsidenten des Deutschen Landesgenossenschafts, Landrat a. D. Dr. Gerke, an dem Provinziallandtag in Halle, der bei dieser Tagung einen Vortrag halten will, gemeldet hatte, hat nunmehr auch Regierungsrat Dr. Bräuer seine Teilnahme gegen seinen Vortrag bei der Tagung des Provinziallandtags abgelehnt. Bräuer begründet seine Ablehnung damit, daß die von dem Präsidenten des Deutschen Landesgenossenschafts Dr. Gerke am 18. Januar dieses Jahres in Stettin anlässlich der Tagung des pommerischen Landesverbandes gehaltene Rede mit einem Angriff auf die heutige Staatsform noch nicht die Auffassung gefunden hat

— Antrag zur Beilegung der Kapitalabfindungen.
Der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsinvalider teilt uns mit: Vielen Kriegsbeschädigten ist durch die Kapitalabfindung ihrer Renten die Möglichkeit des Erwerbs eines eigenen Heimes geboten. Von dem bisherigen Kapitalabfindungsverfahren haben sich jedoch als unzureichende Mängel herausgestellt die allzu lange Dauer des Verfahrens, die Gefährdung des Finanzierungsplanes durch die Herabsetzung der Rente und die Erwiergerung der Kapitalabfindung bei innerlich Kranken. In einer ausführlich begründeten Eingabe an das Reichsarbeitsministerium nimmt der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsinvalider zu diesen Fragen Stellung und unterbreitet zugleich praktische Vorschläge für die Vereinfachung und Beschleunigung der Anträge auf Kapitalabfindung.

Preßlich. Eine der Hauptfragen der Verwaltung des hiesigen Gemarkungsbezirks ist die Beschaffung von guten und gesunden Wohn- und Schlafräumen für ihre Kurgäste. Da die Gemarkungsquartiere bei weitem ausreichen, so müssen private Fremdenheime eingerichtet, ermittelt und in Anspruch genommen werden. Vom 16. bis 25. Januar war in diesem Jahre die rühmliche Vermaltung damit beschäftigt, ein Verzeichnis aller zur Verfügung stehenden Zimmer aufzustellen. Sie fördert dadurch zugleich den Fremdenverkehr unserer kleinen Landstadt, denn sie überreicht das gedruckte Verzeichnis nicht nur jedem Kurgäste, sondern auch jedem Ortsfremden, der hier vorübergehend Einkehr hält. Das Verzeichnis gibt über alles Weitere Auskunft.

Treibis (Elbe), 30. Jan. Entgegen der sonst allgemein beachteten Mahnung: „Von einem Toten soll man nichts Lebendes reden“, hatte eine unvorsichtige Äußerung des Kassener Gönther hieselber über seinen Lebensüberdruß zu der Mutmaßung geführt, daß sein kurze Zeit darauf folgender Tod auf den Göntherbezügen am 11. Januar von ihm selbst verurteilt oder gar herbeigeführt wäre, weil in Gönthers Kassenerführung wohl nicht alles in Ordnung

„Wenn ich zurückbliebe, könnte dich vielleicht eher hinausfinden. Ich bin dir nichts als eine Last. Laß mich hier! Ich warte auf dich.“

„Um keinen Preis! Wir bleiben zusammen. Ich entferne mich keinen Schritt mehr von dir.“

„Alles war leichter zu ertragen, als oftmals dieses Suchbare, das er vorher durchgemacht hatte.“
„Er wollte sie wieder in die Arme heben. Aber sie küßte sich wohlher. Von ihm gestützt, schritt sie tapfer an seiner Seite. Eine Öffnung betretend, ging er einige Schritte ihr voran, das Licht hochhaltend. Sein Gesicht verlor jede Farbe, seine Augen traten weit hervor.“

„Ruth!“, sagte er.
„Ruth machte noch einen Schritt vorwärts.“
„Zurückgehen sollst du!“ herrschte er sie an.
„Sie erschrak und wagte nicht zu fragen. Die Augen unheimlich geweitet, mit aufeinandergepreßten Lippen, hob er sie wortlos in die Arme.“

„Komm! — Das ist nichts für dich!“
„Ruth!“, das sie.

„Was suchst du noch da hinten?“ Sie schwieg, es sah er.
„Sie gehorchte schweigend. Es mußte ihm etwas suchbar erregt haben.“

„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.

„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.

„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.

„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.
„Ruth!“, sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

Unter der Geißel des Lebens

Roman von J. Schneider-Fürst.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er war schon längst gegangen. Noch immer stand sie regungslos. Dann legte sie die Wäschebeide, die er ihr gegeben, an. Schauer um Schauer rann dabei über ihren Leib. Sie küßte den Odem seines Körpers aus den Händen. „Daß mich herben!“ Beide Hände hob sie gen Himmel. „Daß mich herben!“
„Qual will ich leiden bis zur letzten Minute, aber ihn retten — nur ihn — mich nicht!“
„Was ihr immer den Vater in meinem Namen bitten werdet, das wird er euch geben“, stand es so leicht im Evangelium? Sie klammerte sich mit der Kraft eines Wahnsinnigen an dieses Wort des Gottmenschen. „Du mußt ihn retten, du mußt dich leidend erbarmen, wenn nicht, dann ist dein Wort eine Lüge.“ Sie schaute vor sich hin. Ein Verisch, der zu Gott trat und forderte: „Du mußt, wenn ich dich nicht lieben traßen will!“

Sie warf sich auf den nassen Boden. Ganz Wurm wollte sie sein vor dem Gott ihres Glaubens. Er brachte sie nur zu zittern, aber kein gegebenes Wort mußte er halten. „Vergiß mir.“ Es war nur noch ein Lallen! — „Ich kann nicht anders — du mußt — dein Wort!“
„Ihre Stimme schlug schwer gegen den Boden.“
Ein schmerzhaftes Gemische ergab Hartmann, es er wiederholte ihren Namen rufend, seine Antwort bekam.
„Ruth! — Ruth!“

Kein Laut kam zurück. Kein Zischflimmer fiel aus den Gängen. Er küßte nach der Richtung aus der er meinte, vorzugetommen zu sein. Der Schwelch drang ihm aus allen Poren. Wenn sie sich entfernte hatte? Jedes allein? Er mußte sie finden. Sein Vater war nur mehr ein heiliger Schrei. Sein Blut rannnte zum Herzen und wieder zurück in laedenden Wullen. — „Ruth!“ — Was

nung gemessen sei. Zeugen hat der behauerliche Vorfall nicht gehabt; er spielte sich unter dem Frühgäbe bei Nebel und in völliger Dunkelheit ab. Aus der Lage der Leiche innerhalb des Bahngleises wollte man auf Selbstmord schließen. Es liegt aber näher, einen Verkehrsunfall anzunehmen, da Günters Instanz für das Ueberleben der Liebeswerra in Jallenberg keinen Grund zum Freitod abgegeben hat, und daß deshalb nicht von dem Selbstmord eines Betrügers die Rede sein kann.

Melbisch. (Ein abessinischer Fürst aus dem Kreise Bitterfeld?) Tagesgespräch bildet hier die angelegte Tatsache, daß das abessinische Außenministerium Nachkommen des vor vielen Jahren ausgewanderten Kunstmalers Eduard Cander von hier suche. Cander soll auf seinem Weltentbummel auch nach Abessinien gekommen sein und hier als früherer preussischer Kanoniker dem ehemaligen Negus die Antikie geschaffen haben. Er sei dann schließlich zum Kriegsmilitär ernannt worden. In Abessinien habe er auch eine Eingeborene geheiratet. Auch dieser Ehe sei ein Sohn entsprossen, der dann später sein Nachfolger als Kriegsmilitär geworden und in den abessinischen Welsstand erhoben worden sei. Seinen Entel soll ein Priester aus der Dessauer Gegend bei einer Mittelmeerreise getroffen haben. Nach dem Priester wird gleichfalls gesucht. Hierzu wird von zufälliger Seite gemeldet: „In der Familienchronik der Cander finde ich unterm 15. Juli 1867 emert: „Ist mein (em) Vater sein Bruder nach Amerika gezogen.“ Der Vater des Chronisten war am 9. Juli 1793 geboren, lo daß es vielleicht nicht ausgeschlossen ist, daß der gesuchte Eduard Cander mit dem ausgewanderten Cander identisch ist. — Einen Zufall von besonderer Eigenart stellt das Treffen des Priesters aus der Dessauer Gegend mit dem Entel des und der Chronik waren verschiedene Angehörige der Familie in der Umgebung von Dessau und in dem Städten selbst anständig. Vielleicht war dem Priester der Name Cander ganz geläufig.

Baalberge (Kreis Bernburg). Um sich ein Gefandbuch zu leisten, schickte eine Einwohnerin ihren 14jährigen Sohn zu einem Nachbar, einen alten und kranken Frau. Diese gab dem jungen Menschen das Gefandbuch und ermerkte sich zu spät daran, daß sie ihre Ersparnisse in Höhe von 70 Mark darin untergebracht hatte. Als der junge Mann das Gefandbuch wieder zurückbrachte, fehlten 20 Mark. Er gab zu, das Geld in leichtfinniger Gesellschaft in Bernburg durchgebracht zu haben.

Halberstadt, 31. Jan. Nachdem bereits kürzlich ein Gutsbesitzer im Zusammenhang mit dem Mord des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Rittergutsbesizers Gottschalk Selbstmord verübt hat, werden jetzt drei weitere Selbstmordverbrechen von Gutsbesitzern in Halberstädter Bezirk bekannt, die sich gestern und vorgestern ereigneten. In Ahrenfeld fand man einen Gutsbesitzer erhängt auf; doch gelang es, ihn wieder ins Leben zurückzurufen. In Dandfeld verstarb ein zweiter Besitzer in einem Tobuchausfall, Hand an sich zu legen. Schließlich wurde in Wegeheln ein dritter Gutsbesitzer in Selbstmord getrieben, der hartnäckig immer wieder versuchte, seinem Leben ein Ende zu machen.

Rehlf. (Zwei menschliche Skelette in einer Mäze). Beim Fällen einer 160jährigen Mäze auf dem Schulhof des „Franciscus“ wurden in dem Baum die vollständig erhaltenen Skelette zweier Menschen gefunden. Die Skelette wurden zwei Schreibern aus dem 12. oder 13. Jahrhundert gefunden.

Calbe a. d. S. Wildbiede mit Schakfleisdu a. g. In der hiesigen Feldmark wurden von der Polizei vier Wildschweine überführt, die für ihr Jagdgewerbe eine eigenartige Kleidung gewöhnt hatten. Sie waren mit langen Schneeflecken und weißen Kappen besetzt, lo daß sie in der Schneelandschaft nur schwer zu bemerken waren. Zwei von ihnen konnten entkommen, während die beiden anderen gefangen wurden.

Goslar. Qualvolles Ende zweier Pferde. Ein schweres Unglück ereignete sich im Hüthenhof der Serzogs-Julus-Stätte. Ein mit vier Pferden bespannter Wagen wurde zum Erfahren demüht. Pöhllich brachen die vorderen Pferde durch die Bahrdamm und wurden von der darunter befindlichen glühenden Schlacke verbrannt.

Hena. Erste Bräuteilufe in Deutschland. In der lebendigenen Touristenstraße „Marienshof“, in der Nähe der bekannten „Glabbeinbrücke“, wird Thern 1929 mit einer das Thema „Heimglück oder Zeitglück“ behandelnden Wettbewerb im Rahmen der über Deutsche Bräuteilufe eröffnet. Dem Reichsausschuß des „Heimglück“ e. V. gehören u. a. der Professor der Pädagogik Eduard Spranger-Berlin, Obermedizinalrat Dr. Paull-Karlsruhe, die Landesbehörden von Braunschweig und Schlesien, D. Bernheim und D. Jänfer, an.

Soburg. Verführerisches Kino. Die 20-jährige Hilfsarbeiterin Marie Bauer, der bei Wittenfels in einer Scheune Feuer angelegt hatte, dem acht Scheunen und drei Wohnhäuser zum Opfer fielen, wurde vom Schwurgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Täter gab an, daß ein Kinetofid, „Die Flammen fliegen“ die Ursache seiner Handlung gewesen sei.

Gotha. Opfer ausströmender Kohlenlage. Durch Kohlenerdgas ist der einzige Sohn eines hiesigen Amtsgerichtsrats im blühenden Alter von 13 Jahren plötzlich ums Leben gekommen. Er wurde in einem durch einen kleinen Ofen erwärmten Raum durch ausströmende Gase vergiftet, ehe er aufgefunden wurde.



Prof. Junkers-Dessau

der bekannte Flugzeugkonstrukteur, wurde am 3. d. M. 70 Jahre alt.

Sangerhausen. Zug in Tunnelstrecke gebrochen. Nachts blieb in dem langen Blankenheimer Tunnel ein Güterzug stehen. Der Betrieb erlitt dadurch auf den Strecken Sangerhausen—Halle und Sangerhausen—Güsten erhebliche Verzögerungen. Zur Hilfeleistung für den festgebundenen Zug wurde eine Lokomotive beordert. Es gelang schließlich, den Zug aus dem Tunnel herauszuführen.

Theligen (Kreis Weißenfels). Selbstmord wegen 10 Mark. Ein 17jähriger Lehrling, das einzige Kind bei einem Eltern, warf sich in selbstmörderischer Wut auf dem Bahngleis bei der Seilung Konenitz vor eine Lokomotive und wurde sofort getötet. Er hatte seinen Eltern 10 Mark entwendet und wagte sich nicht nach Hause.

Halle a. d. S. Schlägerei in der Herberge. In der Ludwig-Buchner-Straße entstand in der Herberge der Heimat zwischen zwei Männern eine Schlägerei, in deren Verlauf ein Mann beinahe tödlich zu Boden stürzte. Der Täter trat, nachdem er vom Herbergewarter aus der Herberge gewiesen worden war, die Thüröffner ein und verschlug eine Fensterhebel. Beim Eintreffen des Ueberfallkommandos hatte er sich bereits entfernt. Der Arzt stellte bei dem Verletzten Kopf- und Armbunden fest.

Böhm. Arbeiter erklärt seinen Vorgesetzten. Als der auf der Gewerkschaft „Bereinigte Konstantin der Große“ tätige Bergwerksingenieur Alfred Hülbig früh einen arbeitsunfähigen zur Arbeit eingesetzten Arbeiter zur Rede stellte, so dieser plötzlich ein Messer und nach blühndem Auf dem Beamten ein. Dieser wurde lo schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Der Täter wurde verhaftet.

Frankfurt a. M. Zusammenbruch der französischen Spionageanlage in Mainz. Die Franzosen scheinen mit ihrer Untersuchung gegen die Spionageverdächtigen des Mainzer Reichsermägenamtes nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen zu sein, denn sie haben die Anlage wegen Militärspionage fallen lassen und wollen die Angelegenheit nur führen auf Grund einer Anfrage wegen Handelsspionage. Die Verhandlung soll in der Mitte des Monats Februar stattfinden.

Werningen. Neue Zirkände. Ein recht beachtliches Beispiel von der temperamentvollen Art, wie in manchen Gemeinderäten Politik betrieben wird, bietet ein Gehalt der Gemeinde Roth-Almerowen im Kreise Werningen, das den Gefährdungsausfluß des Sandtages befristigt. Die Gemeinde ersucht nämlich den Landtag, die früheren Einzelgemeinden, die damals einstimmig ihren Zusammenfluß beschlossen hatten, wieder herzustellen, da in den Gemeinderatsbeschlüssen der vereinigten Gemeinden stets Schlägereien zwischen den Vertretern der einzelnen Ortsteile an der Tagesordnung wären. Alle Versuche zu tatsächlicher Arbeit ließen unfruchtbar.

Werningen. Aus dem dritten Stodmetzgerüß. Hier führte in der Marienstrasse das Kind eines Schöllers aus einem Fenster des dritten Stodwerks. Das Kind wurde tödlich verletzt. Die Mutter, die in der Waghöhe zu tun hatte, ließ ihr dreijähriges Kind unbeaufsichtigt in der Wohnung, das dann auf einen Stuhl flatterte, zum Fenster hinausguckte und dabei das Gleichgewicht verlor.

Aktuelle Fragen der Reichsbahn.

Einschränkung der Arbeitszeit zur Verhütung von Unfällen.

Berlin, 1. Februar. Bei einem Empfang, den Joseph der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gab, behandelte er ausführlich die aktuellen Fragen der Reichsbahn. Eingangs wies er darauf hin, daß die Ausgaben im gleichen Schritt mit den Einnahmen gewachsen seien. Obwohl die Kopffahrt in den Jahren 1925 bis 1928 um 3228 gestiegen sei, seien die persönlichen Ausgaben im gleichen Zeitraum um 18 v. H. gestiegen, die Sachausgaben hingegen nicht. Es sei jedoch zu bedenken, daß noch erhebliche Kriegsschäden nachgeholt werden müßten. So erfordere der Überbau noch etwa 8 Jahre lang jährlich 70 Millionen, die Hochbauten und Sicherungsanlagen fünf Jahre lang jährlich 30 Millionen, die Brücken fünf Jahre lang 50 Millionen, die Verkleinerung an Fahrwegen jährlich 100 Millionen. Im Zusammenhang mit den

Unglücksfällen im letzten Jahre erklärte Dormmüller, die Hauptverwaltung sei bereit, den Begriff des „besonders anstrengenden Dienstes“, bei dem die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden beträgt, weiter zu fassen. Im Lokomotivdienst solle auch die wöchentliche Arbeitszeit bei Schnell- und Eilzügen auf 51 Stunden gegen 54 Stunden begrenzt werden. Schließlich sei festgestellt, die höchst zulässige Arbeitszeit von wöchentlich 57 Stunden bei dem im eigentlichen Betriebsdienst auf Hauptbahnen beschäftigten Personal auf 56 Stunden herabzusetzen.

Dormmüller gab jedoch einen Ueberblick über das Jahr 1929. Der Abbau sei nunmehr beendet. Die Reichsbahn sei heute keine Verordnungsstelle mehr für die großen Massen, die sie mit 750 Millionen deckeln wollte, wenn sie sie beschaffen hätte. Die Werkstätte-Organisation habe bereits jährlich 34 Millionen Ersparnisse gebracht, und die Einführung stärkerer Lokomotiven, Verbesserungen der gesamten Lokomotivwirtschaft spare bereits 79% Millionen im Jahre. Das seien ungefähr die Hauptposten auf dem Gebiete der Rationalisierung.

Weiter erfordere die Rationalisierung besonders auf industriellem Gebiete Geld. Dieses Geld komme aus zwei Quellen, einmal aus den Betriebsmaßnahmen, das andere Mal aus Anleihen. Besonders wichtig die Befreiung der Betriebsanlagen, wenn die Anleihe, die im Jahre 1927 vollständig ausgetilgt sei, erneuert werde. Es sei besonders wichtig auf die Beschaffung langfristiger Kredite bis jetzt lediglich auf die Vorzugsanleihen angewiesen sei. Die Folge des Kapitalmangels sei die überpannte Anleiheaufnahme der Betriebsmaßnahmen; denn Nebenleistungen seien nicht vorhanden.

Die Reichsbahn lege nun der Hand in den Mund. Wenn die Verhältnisse bestehen blieben, lo könnte er sich nicht denken, wie eine Besserung eintreten könne, denn die Tarifherabsetzung, die 250 Millionen einbringen soll, deren zur Deckung des Gehalts betragen es jährlich 400 Millionen Reichsmark, ein Verlust, den das Geschäft nachher sogar auf 480 Millionen festgelegt habe. Der Verlust der Reichsbahn durch Arbeitskämpfe und Konjunkturrückgang bis zum Schluß 1928 könne mit 35 bis 40 Millionen Mark beziffert werden. So weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Dormmüller eingehend mit dem Wettbewerb der Kraftwagen und der Frage der Konzeptionspflicht für Kraftwagen.

Neue Menschen.

B. v. Ein englischer Gelehrter hat die aufsehenerregende Feststellung gemacht, die Menschheit ändere sich äußerlich und innerlich im Laufe der Jahrhunderte. Er hat durch Vergleiche mit alten Stelefiguren und Bildern aus einer weiten Vergangenheit festgestellt, daß der Mensch früher einmal ganz anders als heute ausgesehen haben muß. Und da er zu der Ueberzeugung gelangte, die Menschen hätten sich zu ihrem Vorteil verändert, meint er darauf hinweisen zu dürfen, daß sie nach wieder tausend Jahren größer und schöner sein als heute. Wir können nicht erleben, ob diese Voraussage zutreffen wird. Es interessiert uns auch wenig, ob die Menschen nach tausend Jahren zehn Zentimeter größer sein werden als wir, ob sie ein schöneres Gesicht haben, glänzende Augen und einen tiefen geschwungenen Mund. Viel mehr haben wir uns heute zu fragen, ob denn im kurzen Laufe unseres Lebens eine Veränderung an den Menschen vorgegangen ist.

Wir brauchen keinen Gelehrten, um zu erkennen, daß der Mensch im Laufe eines halben Jahrhunderts eine wesentliche Veränderung durchgemacht hat. Diese Veränderung ist äußerlich und innerlich erfolgt. Äußerlich, weil die neuen Vorstellungen der Menschen von allein eine andere Körperkonstruktion forderten, der Körper also trüben wurde und in Aufbau und Stärke mit dem der Vorfahren nicht zu vergleichen ist. Unser Geschlecht ist körperlich auf der Höhe. Es liegt zwar eine schwere Zeit hinter uns, die uns wenig Ruhm und große Anstrengungen brachte, aber es kam die Sportbegeisterung, die nicht zu machen wußte, was verloren war. Es kam die Begeisterung für die Natur, es kamen die Schlagworte „Wochenende“. Man begann mehr als früher im Freien zu leben, mehr Bewegung zu treiben,

dem Körper mehr zuzumuten. Und er packte sich den Anforderungen an. Er wurde lehnig und schlant, widerstandsfähig und unempfindlicher. Selbst bei den Frauen hat der Sport und die verpönte Mode Wunder gewirkt. Auch die Mode hat dazu beigetragen, daß aus verweichlichten Geschöpfen widerstandsfähige Menschen wurden, die Kälte und Regen nicht scheuen, Bequemlichkeiten wohl lieben, aber durchaus nicht auf Verquemlichkeit angewiesen sind.

Inbessen: Wie der Mensch sich äußerlich verändert hat, ist lo offensichtlich, daß es nicht näher beschrieben zu werden braucht. Uns interessiert ja in der Hauptsache der innere Mensch. Auch seine Veränderung fündet der englische Gelehrte an. Aber wir können auch hier die Feststellung machen, daß wir nicht ein Fahrzeug zu warten brauchen, denn die Menschheit ist auch innerlich im Laufe eines halben Jahrhunderts anders geworden. Wie oft hört man, unsere Großväter wären uns nicht mehr verstehen, wenn sie mit uns lebten. Das ist die innere Wandlung, die der andeuten will, der den Großvater kitzelt. Der Großvater würde über die Erzeugnisse der neuen Zeit kauen. Diese Erzeugnisse scheinen ihm aber Ergebnis der inneren Wandlung im Menschen. Er hat einen weiteren Zeit. Er ist materialistisch geworden, und aus diesem Materialismus schwingt er sich zu Handlungen und Taten auf, die für die Gesamtheit der Menschen eine Bedeutung erlangen, die wiederum Folgen zeitigen muß. Die Menschen sind freier geworden, faktischer. Alles aus der Sucht nach Gütern, nach Wohlleben. Diese Sucht ist jedoch die Haupttriebfeder alles dessen, was im Leben zum Ereignis wird, sei es gut oder böse. Selbst aus einer bösen Tat kann oft ein Fortschritt werden. Man kennt nicht mehr die Hemmnisse früherer Zeit, sondern ist leichter

und bester in den Entschlüssen. Die Tapferkeit früherer Geschlechter wird in unseren Tagen abgelehnt durch die Haltung des Menschen den Tagesereignissen gegenüber.

Das alles ist Beweis der inneren Wandlung, der oor sich gegangenen Umwidlung des inneren Menschen. Es fragt sich nun, ob der Mensch, der lo nach unserer Begriffen der Vollkommenheit zutrifft, besser ist als der Mensch von früher. Da werden die Meinungen verschieden sein. Derjenige, der mehr das Beschaufliche versteht, wird die Menschen der Vergangenheit loben und meckern, was heute Freund und Nachbar heißt. Der indessen, der mit beiden Füßen im Leben steht, wird das heutige Geschlecht schätzen und sich glücklich fühlen, Mittels der geistlichen Fortschritt zu sein. Es ist lo sicher, lo wie wir teilweise gerne in die Vergangenheit tauchen und die durch Zeit warm und anheimelnd geformten Bilder in die Zeit verlegen möchten, werden demnächst unsere Nachfahren unsere Gegenwart bewundern, denn die Zeit und die Entwicklung der Menschen schreitet fort, und was heute als Hoff und Tagen gilt, wird nach einem Jahrhundert friedliche Ruhe heißen.

Gerade wenn man heute die Tageszeitungen durchblättert, dem Leben lauscht, den Vorgängen auch in der Politik Aufmerksamkeit zuwendet, hat man das Bedürfnis, einmal abseits vom Wege Betrachtungen anzustellen, die nicht das Augenliche sehen, sondern den Menschen, den Herrn der Schöpfung selbst. Denn wenn man sich über diesen Menschen von jetzt im klaren ist, wird man auch besser seine Handlungen und sein Interesse verstehen. Es ist daher gut, daß es Gelehrte gibt, die uns mit fähigen Behauptungen aus dem Wirren und Wollen des Lebens retten und zwingen, zu bedenken: Was bist du, und wie bist du, Mensch?

Grimmige Räte über Deutschland.

Starkes Treibeis auf den Flüssen.

Die Räte über ganz Deutschland hat erheblich zugenommen. In Berlin wurden morgens 17 Grad unter Null in der Innenstadt und in den Außenbezirken 22 Grad gemessen. Königsberg meldet für Ostpreußen Minustemperaturen bei 24,2 Grad, Breslau aus verschiedenen Gegenden Schlesiens 24,6 Grad, darunter die Stadt Reize sogar 32 Grad unter Null.

In Mitteldeutschland verzeichnete Halle 19,3 Grad Celsius, Weimar 25 Grad. In München wurden bei völlig klarem Himmel 18 Grad, in Tegernsee 20 Grad und in Stuttgart und Ulm bis 15 Grad gemessen.

Rhein und Mosel führen wieder starkes Treibeis; auf der Mosel ist die Schiffsahrt eingestellt. Ebenso ist die Laßn an verschiedenen Stellen zugestoppt. In ganz Westdeutschland hat der Frost zugenommen, jedoch sind die Temperaturen hier niedriger als in Ost- und Mitteldeutschland. Samburg meldete 13 Grad minus, im Küstengebiet sogar 14,3 Grad.

Für Obstbau- und Gartenfreunde.

as. Gartenpraxis im Februar. Nach den langen Schneereihen Feiertagswochen kann es mancher Garten-

besser kaum erwarten, seine Tätigkeit im Garten wieder aufzunehmen, aber gemäß, auch hier heißt es: „Eine Schmalze macht noch keinen Sommer“. Alle Arbeiten im Tier-, Gemüse- und Obstgarten im Februar sind nur als Vorbereitungen oder Nachholung von Veräumten einzuschätzen, mag auch die Sonne noch ein so liebliches Gesicht machen, es kommt meist bald wieder anders. Im Tiergarten und Park wird man vor allem die Wege wieder in gangbaren Zustand versetzen und die Wasserleitung und sonstige Wasserbehälter von dem Winterfrost befreien. Den Rosen abspalten dürfte nicht schaden, auch die Strauchergruppen können nun etwas gereinigt und ausgerichtet werden, wobei man natürlich die zeitigen Frühjahrsblüher „ungehorsam“ läßt. Die Schutzdecke von Rosengruppen, Rhododendron usw. kann man schon Mitte Februar entfernen, halte aber immer für den Notfall noch eine leichte Schutzvorrichtung bereit. Von Blumenwiebelrabbaten, wie Schneeglöckchen, Crocus, Spazintzen usw., kann man ebenfalls die Schutzdecke entfernen, ebenso von perennierenden Stauden, soweit diese einen Schutz erhalten. Im Gemüsegarten gibt es auch schon einiges zu tun. Ist ein kleines Frühbeet vorhanden, so kann man, sobald es zugänglich ist, die Erde herausmerken und einige Zeit den Witterungseinflüssen aussetzen, man kann die Erde auch verbessern oder durch neue ersetzen. Für den Kleingärtner

wird ja das Pflücken eines warmen Frühbeetes kaum in Frage kommen, er erreicht mit einem sogenannten kalten Rahmen der leichter zu behandeln ist, für seine Zwecke gewiß nur mühen, die Fenster in Ordnung sein und Strohboden bereit liegen. Die Gemüseeinlässe und Mieten sind zu läuten und die fauligen Pflanzenreste zu entfernen. Meint es die Sonne sehr gut, so kann man auch schon Ende Februar Spinat, Kapuziner, Karotten, Zwiebeln und Petersilie auspflanzen, ja sogar Erbsen legen. Vor Lieber-eifer in der Vorbereitung der Frühbeete sei aber eindringlich gewarnt, denn nach gefrorene Erde wird nie locker, sondern bildet später harte Klumpen. Der Obstgarten steht jetzt im Zeichen der Ausführung des Baum-schnittes an jüngeren Obstbäumen, die älteren wurden schon im Laufe des Winters ausgeputzt. Für die Ummerdung älterer Obstbäume, die nicht tragen wollen, ist es jetzt die beste Zeit; die nötigen Propfreiser beziehe man aus einer guten Baumzucht und decke gleichzeitig seinen Bedarf für die Frühjahrsplanzung. Die Propfköpfe sind aber gut gegen Beschädigung durch Vögel usw. zu schützen. Die mit Dünger bedeckten Baumstämme sind nachzugehen, ob sie nicht als Winterquartier für Mäuse usw. gebient haben. Am Stachelbeerfrucht schieben sich schon die ersten Knospen vor, er ist der erste Frühjahrsbote unter den Beerensträuchern, und Frühlingsschnee zieht in des Gartenfreundes Brust!

Wohnungs-Vergebung.

Die bisherige Landjägerwohnung bei Herrn Profmann, Burgstr. 37, ist zu belegen. Meldung von Mietern bis 7. Februar erbeten Kemberg, den 4. Februar 1929

Der Magistrat

Treffs Mittwoch mittag bei Herrn Fehner, Weinberge mit einem Transport kräftiger Zettel ein und stelle dieselben von 12-2 Uhr preiswert zum Verkauf. Reinhold Hartig, Radis

4 Wochen alte Ferkel zu verkaufen Lindemann, Anhalterstraße Ziegen, Kaninchen- u. Geflügelzüchter-Verein. Mittwoch d. 6. Febr. abends 8 1/2 Uhr in d. gold. Weintraube **Bersammlung** Tagesordnung dabei! Der Vorstand

Empfehle morgen Dienstag früh eintreffend frische grüne Heringe frischen Schellfisch Ferner täglich frisch: la. Speiseleiniöl marin. Heringe Reinh. Hartmann

Morgen Dienstag von früh 8 Uhr an frisch. Speckfuchen Ernst Wend Bäckerei Conditorei Empfehle morgen Dienstag 2 Uhr Schaum- und Fasten-Brezeln Am Mittwoch Pfann- und Spritzfuchen Hermann Buch

Dienstag u. Donnerstag von 1 Uhr an frische Schaum- u. Fastenbrezeln Bäckerei Matthes Feisches Hammelfleisch empfiehlt Ernst Bachmann

Zahn-Atelier Fr. Genzel Dentist. Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Krieger-Verein Morgen Dienstag, abend halb 9 Uhr im Ballbaum **Bersammlung** und gefelligs Besammensfein mit Damen Alle Kamerader mit ihren Damen sind herzlich eingeladen Der Vorstand.

Andrea, der Sohn des Zauberers. Ein Diastirafilm in 5 Akten. Erweit im Arnold - der Spielfilm bringt einzigartige und wunderbare Aufnahmen aus Ostafrika, die allen Fremden unseres früheren Koloniallandes hochwollkommen sein werden. Der Film wird gezeigt vom **Evangelisch-Sozialen Krebsverband für die Provinz Sachsen** Halle (Saale), Universitätsring 12 Die Vorführung findet statt **Donnerstag, den 7. Februar, um 8 Uhr im Blauen Saal** Preise: für Erwachsene 10 Pf., für Kinder 20 Pf. **Der Saal ist gut geheizt**

Cocosläufer in glatt, rot, grün und naturfarbig, buntgestreift mit und ohne Vorbe **Matten Abtreter** **Wachs- und Bedertuche - Kunstleder** **Linoleum:** Walten A braun 3,6 mm à qm 6,60 Mark Walten B grün 3 mm à qm 6,45 " Walten C rot 2,2 mm à qm 6,05 " Walten C braun 2,2 mm à qm 4,85 " Granit la grau 3,3 mm à qm 7,15 " Noire la grün 2,4 mm à qm 6,55 " bunt bedruckt 1,8 mm à qm 3,50 " **Balatum:** bunt bedruckt, 1,8 mm à qm 2,10 Mark Läufer, bedruckt, 1,8 mm à m 1,70 " Teppich, 2x2 1/2 m à Stück 13,35 " Teppich, 2x3 m à Stück 16,- " Teppiche von 14,85 M. an. Läufer à m von 2,20 M. an Vorleger, Tischlinoleum billigst. **C. G. Holtzhausen .: Wittenberg**

Neue gelbe Ulsteinbücher Für eine Mark **Fedor von Zobeltig Die Ruferin** (Ein Künstlerroman von heute.) Held dieser Geschichte ist ein junger Bildhauer, der einen erbitterten Kampf gegen althergebrachte Vorurteile und einen verbitterten Vater zu führen hat. **Fred Andreas Die Flucht ins Dunkle** Ein Roman vom Theater und vom Leben hinter den Kulissen, wo Liebe und Leidenschaft der Schauspieler jedes gespielte Maß übersteigen. **Paul Frank Der Scheck auf die Million** Die Geschichte eines Mannes, dem man in Monte Carlo eine Million schenkt, dafür, daß er einwilligt, sich nach Ablauf eines Jahres zu erschießen. **Erhältlich bei: Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg** Leipziger Straße 64/65

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bund deutscher Kriegsteilnehmer u. Republikaner E. V. Dienstag, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Ratskeller (Mittelsruhe) **Mitglieder-Bersammlung** Ausgabe der neuen Bücher und **Vortrag** Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet **Der Vorstand** **Reintaliber-Schützen-Berein** Mittwoch, den 6. Februar, abends 1/9 Uhr beim Kameraden Ottensmann (Palmbaum) **General-Bersammlung** **Der Vorstand** Junger Mann sucht **möbliert. Zimmer** mögl. mit voller Beschäftigung in Kemberg. Df. unt. Nr. 100 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zur **Gardinen-Woche** preiswerte Angebote in Gardinen aller Art, Stores, Stückware. Infolge günstigen Einkaufs kann ich zu ganz besonders vorteilhaften Preisen verkaufen. Anfertigung von Gardinen nach modernsten Vorlagen schnellstens und billig. Beratungen bereitwilligst ohne Kaufzwang **J. G. Schneider, Wittenberg Markt** Ecke Juristenstr.

Heute entschlief sanft nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Wilhelmine Müller** geb. Frebe im 67. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an **Die trauernde Familie Müller.** Kemberg, den 3. Februar 1929. Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Müsterleere Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatslich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Adresszeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unbedingt geschriebener oder durch Fernprediger aufgeborener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Land, auswärts Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags woch.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 16

Dienstag, den 5. Februar 1929

31. Jahrg

Neues in Kürze.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt anlässlich der ersten Beratung des Kellogg-Paktes eine bedeutsame Rede über den Vertrag.

Wegen der löcherigen Beschuldigungen, die der französische Ministerpräsident Poincaré während seines Antritts gegen die eskalierenden Autonomisten gegen die Reichsregierung erhoben hatte, machte Stresemann der Presse verschiedene Ausführungen, die die französischen Behauptungen widerlegten.

Im Sekretariat des Völkerbundes ist der Antrag der Reichsregierung eingegangen, die Frage der Minderheiten auf der nächsten Tagung zu erörtern.

Im Preussischen Landtag fanden am Sonnabend neue Besprechungen über die Regierungserweiterung statt.

Ministerpräsident Braun erwiderte in Ausführungen an die Presse die Angriffe des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Seel.

Das Gesetz für die Wartefahndungsbeamten.



Der Reichspräsident hat die Zustimmung des Reichstages über die Kriegserklärung (Kellogg-Pakt) im Reichstag leitete Reichsaußenminister Dr. Stresemann die Beratungen ein.

Der Minister erklärte, die im Kriegserklärungspakt ausgesprochenen Grundzüge seien durchaus die Grundzüge der deutschen Außenpolitik. Von dem Augenblick an, als bekannt wurde, daß der ursprüngliche Gedanke eines französisch-amerikanischen Verbandspaktes durch den Einfluß der Vereinigten Staaten von Amerika sich umwandelte in den Gedanken eines allgemeinen Weltfriedenspaktes, ist sich die Reichsregierung der Tragweite dieses Vorganges bewußt gewesen. Das große Problem der Herstellung einer internationalen Friedensordnung wurde hier in einer ganz neuen Form angefaßt.

Von den beiden großen Ideen des amerikanischen Vorkriegs, die Möglichkeit kriegerischer Konflikte auszuschalten und den friedlichen Ausgleich der Gegensätze zwischen den Staaten zu gewährleisten, konnte mit vollem Recht und mit voller Aufmerksamkeit gesagt werden, daß sie die Grundzüge der deutschen Außenpolitik sind.

So hat die Reichsregierung auch nicht gegögert, als erhit die beteiligten Regierungen dem amerikanischen Entwurf ohne Vorbehalt zuzustimmen. Der Minister wies die Behauptung zurück, daß die der feierlichen Unterzeichnung des Paktes vorausgehenden Verhandlungen dem Vertrag einen Teil seiner Wirksamkeit genommen hätten. Die hohe Bedeutung des Vertrages liegt darin, daß

er dem Krieg das nimmt, was ihn so gefährlich macht: seine Notwendigkeit im Völkerrecht.

Ueber alle Auslegungsfälle hinaus steht doch unabweisbar fest, welche Bedeutung es hat, wenn die in Paris vertretenen fünfzehn Regierungen und ihnen folgend die überwiegende Zahl aller anderen Regierungen sich feierlich verpflichtet, auf den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu verzichten. Wenn die Defensivität des Vertragsabschlusses mit einer gewissen Skepsis verfolgt hat, so war das nicht ein Beweis für mangelnden Friedenswillen, sondern man vermisse die Folgen, die sich

aus dem Pakt ergeben müßten. Er bedeutet ein Versprechen auf weitere Ausgestaltung der rechtlichen Ordnung des Völkerlebens. In diesem Sinne war auch die erste deutsche Note gehalten.

Die neue Friedensgarantie muß nicht nur der allgemeinen Abrüstung ein wirksames Impuls geben, sondern es müssen auch diejenigen Möglichkeiten gefunden werden, die geeignet sind, Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche, gerechte Weise zum Austrag zu bringen. (Zurück bei den Kommunisten: Heuchelei!) Das ruhen die Kommunisten in dem Augenblick, wo sich Sowjetrußland eifrig um die Bekämpfung seines Beitritts zu diesem Pakt bemüht. Der Minister erklärte zum Schluß, daß der Pakt die Einleitung einer neuen Epoche sein müsse.

Die Aussprache.

Abgeordneter Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) bezeichnete den Kellogg-Pakt als ein Dokument schlimmster Verlogenheit, als einen Betrug der Völker. Abgeordneter v. Lindener-Wildau (Dnt.) bestritt sich die Stellungnahme seiner Fraktion für die zweite Lesung vor. Abgeordneter Stäcker (Komm.) bestritt, daß der Kellogg-Pakt irgendeinen Wert zur Ausgestaltung des Krieges habe.

Der Kellogg-Pakt wurde dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Präsident Hübner erklärte, daß weitere Reden zu diesem Gegenstand nicht gemeinet seien. Er schlug vor, die nächste Sitzung am Montag, 3 Uhr, abzuschießen und die Fortsetzung der zweiten Beratung der Handwerkerkonvention als die Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Kein Ermächtigungsgesetz.

Wie von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, ist entgegen anderslautenden Meldungen bislang in keiner Form und zu keinem Zeitpunkt über ein Ermächtigungsgesetz gesprochen worden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierung nicht daran denke, dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen.

Krisenunterstützung für Arbeitslose.

Der Kreis der Berechtigten erweitert.

Amlich wird mitgeteilt: Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom August 1928 sind eine Reihe von Berufsgruppen ganz allgemein zur Krisenunterstützung zugelassen worden, und zwar bereits seit dem 1. Juli 1928, die bereits im Sommer 1928 einen unglücklichen Arbeitsmarkt aufwiesen. Darüber hinaus steht der Erlass die Möglichkeit vor, die Krisenunterstützung bei besonderen örtlichen Notständen ort- und bezirksweise auf weitere Berufsgruppen auszuweiten. Auf Grund dieser Bestimmung sind eine Reihe weiterer Zulassungen zur Krisenunterstützung teils vom Reichsarbeitsminister, teils von den Präsidenten der Landesarbeitsämter ausgesprochen worden.

Neuerdings ist der Personenkreis allgemein dadurch erweitert worden, daß der Reichsarbeitsminister die Landesarbeitsämter ermächtigt hat, vom 28. Januar 1929 an auch die Angehörigen der Industrie der Steine und Erden, soweit ihre Arbeitslosigkeit nicht berufswirtschaftlich ist, sowie die Tabak- und Zigarettenarbeiter zur Krisenunterstützung zuzulassen, sofern ein Bedürfnis dazu besteht. Ein erheblicher Hundertstel der Arbeitslosen kann daher schon heute Krisenunterstützung erhalten. Die Frage, ob noch weitere Berufsgruppen in die Krisenunterstützung einzubeziehen sind, wird zur Zeit geprüft.

Antrag Stresemanns in Genf.

Erörterung des Minderheitenproblems.

Genf, 3. Februar.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in einem am Sonnabend hier eingetroffenen Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes amlich den Antrag gestellt, auf die Tagesordnung der am 4. März beginnenden Tagung des Völkerbundes als besonderen Punkt die grundsätzliche Erörterung des Minderheitenproblems zu setzen.

Die Tagesordnung des Völkerbundes wird zu Beginn der nächsten Woche veröffentlicht werden und somit den deutschen Antrag auf Eröffnung der Verhandlungen über die Minderheitenfrage im Völkerbundssekretariat enthalten. Es steht nicht endgültig fest, daß auf Grund des deutschen und eines noch zu erwartenden kanadischen Antrages der Völkerbundsrat in die große Aussprache über das genannte Minderheitenproblem einzutreten wird. Aller Voraussicht nach wird hierbei zunächst nur die grundsätzliche rechtliche Frage des Minderheitenshutes und der Stellung des Völkerbundes zu den Minderheiten erörtert, ohne daß hierbei bereits die Einzelheiten zur Verhandlung gelangen werden. Der Völkerbundsrat wird sodann im März auf Grund der allgemeinen Aussprache die so dringend notwendig gewordene Revision des bisherigen Minderheitenvertrages und der bisherigen Haltung des Völkerbundes gegenüber der Minderheiten zu erarbeiten sind.

Wie steht's um Elsaß?

Al. Seit Tagen tobt in der Pariser Kammer ein Kampf um Elsaß-Lothringen, wie man ihn erbitterter wohl kaum je im französischen Parlament gesehen hat und der, wie sich jetzt herausstellt, auch für die Zukunft dieses unstrittigen Landes von höchster Bedeutung sein wird. Poincaré, dem Mitschuldigen am Versailles Vertrag, der die Einverleibung Elsaß-Lothringens ohne jegliche Zustimmung in den französischen Staat bestimmte, liegt es als gutem Franzosen selbstverständlich nur daran, jeglichen Zweifel an dem Franzosenstum der Elsaßer zu beseitigen. Darum kämpft er mit aller Erbitterung, der er fähig ist, gegen die sogenannten Autonomisten, die allen Ansetzungen zum Trotz, immer wieder für die Rechte ihres Volkes eintreten. Bei diesem Kampf sind dem französischen Ministerpräsidenten alle Mittel gestellt, selbst dann, wenn sie gegen die seit Urzeiten bestehenden Rechte der Völker, selbst wenn sie gegen die nationalen Grundzüge unserer neuen Zeit verstoßen.

Es ist nicht geradezu ein Hoffen auf alle rechtliche Denksprüche, wenn erst vor wenigen Tagen eine durchaus nicht autonomistenfreundliche Pariser Zeitung (Luz) und klar zum Ausdruck kam, daß die Elsaßer nicht als französische Bürger betrachtet werden dürfen, und daß Poincaré von dem Rednerpunkt in der Kammer mit großer Begeisterung erklärt, in Frankreich gibt es keine Minderheit, und darum ist auch Elsaß keine Minderheit. Etwas farschlich klang auch die Behauptung Poincarés, daß nach seiner Erklärung Brände die Autonomisten bei einem entsprechenden Antrag im Völkerbund sein Recht erhalten würden, denn Frankreich habe auf Grund des Versailles Vertrages die volle Souveränität über Elsaß-Lothringen zurück-erhalten. So gab er offen zu, daß Frankreich sich von niemandem, auch nicht vom Völkerbund, das Recht zur Aneignung einer nichtfranzösischen Volksgemeinschaft nehmen läßt.

Daß es Poincaré nicht nur um die Reinwaschung seiner Politik im Elsaß ankommt, das beweist seine klug aufgebaute Rede, zu der er bereits mehrere Sitzungstage bedurft und die er auch jetzt noch nicht zu Ende gesprochen hat. Er verstand geschickt, das nationale Gefühl der Franzosen zu reizen, mit bereicherndem Takt lächelte er die eskalierenden Abgeordneten lächerlich zu machen oder sie der Doppelzüngigkeit zu überführen. Ein umfangreiches Beilagematerial führte er auf, ohne sich um die Einwände der Betroffenen zu kümmern, daß die angeblichen Beweisstücke aus dem Zusammenhang und den zeitlichen Perioden herausgerissen den wahren Sachverhalt falsch wiedergäben. Poincaré kam nun darauf an, die nationale Begeisterung seiner Zuhörer zu entfesseln und in tümmlichen Chören patriotische Worte in den Saal zu schleudern und sich so eine getreue Gefolgschaft für seine Pläne zu sichern, die er allmählich und heimlich überreichend entbülste. Er verlangte von dem Parlament unter Drohung mit seinem Rücktritt alle Vollmachten, um die Unterstützung der Autonomisten mit allen Mitteln durchzuführen zu können. Wie sich der Ministerpräsident unter diesen Umständen die Erfüllung seiner Versprechungen, Förderung des Eigenlebens der Gemeinden, Achtung für die Schule und religiösen Beteiligungen im Elsaß denkt, ist wohl kein eigenes Geheimnis, das niemand an der selbst wohl nicht zu lösen vermag.

Denn sein Streben geht ja ausschließlich auf die Verwirklichung des dem deutschen Gefühl empfindungserfüllten Verstandes hinaus. Alle Elsaßer sollen ausgerottet werden, damit es nur noch Franzosen seien, nur noch eine französisch denkende und sprechende Bevölkerung in jenem Lande gebe, das seit Jahrhunderten die heiligsten Kämpfe für seine nationale Eigenart führt.

Poincaré selbst weiß aber ganz genau, daß die von ihm entfachte Begeisterung nicht lange andauern, daß eines Tages doch wieder die Kritik erwachen und die wahren Verhältnisse im Elsaß klar erkennen lassen wird. Um diesem Zeitpunkt vorzubeugen, greift er zum schmerzlichen Gefühl, das er aufzufahren wußte und das auch heute noch nicht seine Wirkung verliert. Er malt sich erschreckenden Szenen das deutsche Geopfer vor den Augen seiner Zuhörer aus. Nicht nur, daß er die Schuld dem deutschen Volk zuschreibt, sondern er behauptet nach Deutschland als im höchsten Grade verächtlich hinstelle, nein er schwang sich zu der unerhörten Behauptung auf, daß aus dem deutschen Propaganda fund, der jetzt 680 Millionen Franken betrage, unzweifelhaft große Summen für die Unterfertigung der autonomen Bewegung im Elsaß ausgegeben würden. Er verlangte sich auch die Behauptung